

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preisdruck-Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 55/57, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzettelnummer Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgesuche 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67.

Mittwoch, den 20. Juni 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Diest-Daber.

Der „Rheinischen Zeitung“ schreibt man aus Berlin: Die Bescheidenheit unserer ostelbischen Großgrundbesitzer ist weltberühmt. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die „Besten und Besten“ nur mühsam dazu gezwungen werden können, die öffentlichen, so wohl, von ihnen verdiente Wohlthätigkeit anzusprechen. Kein Zweifel, die Agrarier sind verschämte Arme. Der Magler darf das Lob nicht verjagt werden, daß sie nach besten Kräften die „armen Bauern“ zu lebhafterem Vorgehen aufzumuntern weiß. Kaum war die muntere Post der agrarpolitischen Konferenz, wo der Kreditnot der Junker so eifrige Helfer erkanden, zu Ende geklopft, da erschien schon der Mittelsmann des Steuerfinders Miquel, Herr v. Diest-Daber, mit einem Plan zur Einführung des Branntweinmonopols auf der öffentlichen Bühne.

Der alte Frondeur der Bismarck-Zeit hat einst, als er noch Landrath des Kreises Elberfeld war, in den fünfziger Jahren, eine ernsthafte, für ihn rühmliche Fehde mit dem Ministerium Mantensfeld-Westphalen-Simons von der Heydt ausgefochten, die mit seinem Austritte aus dem Staatsdienste endete. Die Geschichte dieses Konflikts ist, so bedeutsam sie auch zur Erkenntniß preussischer Zustände erscheint, nur sehr wenig bekannt. Es hatte sich bei der Verwaltung des rheinischen Kreises herausgestellt, daß dort die meisten wohlhabenden Dienstpflichtigen der reichen Kaufmanns-, Fabrikanten- und Bankiersfamilien, der berufenen Stützen von Thron, Altar und Vaterland, der Erbpächter des „nationalen Bewußtseins“, sich der „Militärpflicht durch Bestechungen, fingirte Auswanderung und andere betrügerische Mittel entzogen. Dieses Verfahren hatte sich so eingebürgert, daß bei einer Bevölkerung des Kreises von 140 000 Köpfen nur noch fünf einjährige Freiwillige in einem Jahre dienten. Der Landrath jenes Kreises, eben Otto von Diest-Daber, schritt dagegen ein und wurde vom Kriegsministerium beauftragt, für das ganze Königreich eine Untersuchung hierüber aufzustellen. Da ergab sich nun alsbald, daß die großbürgerlichen Wehrpflichtigen, die über die nöthigen Gelder verfügten, sich in den verschiedenen Jahren nach bestimmten Orten (Köln, Berlin, Breslau, Glatz, Magdeburg) begaben und sich dort durch Bestechung von Ärzten und Feldwebeln, durch Fälschung von Akten, Vorstellung anderer Personen, erdichtete Körperfehler usw. der Dienstpflicht entzogen hatten. Unter Andern wurde festgestellt, daß Verwandte von zwei Staatsministern in die Untersuchung verwickelt waren. Bekanntlich waren der Handelsminister von der Heydt und der Justizminister Simons Rheinländer, von der Heydt stammte aus Elberfeld.

Der eine dieser beiden Minister wünschte von der Untersuchungskommission zu erfahren, ob er selbst, sein Sohn oder Neffe in der Untersuchung theilhaftig seien, und als nun Diest-Daber ausweichend antwortete, erklärte sich der Staatsminister wie folgt: „Die Sache, welche angeregt worden, sei vollkommen begründet, man müsse sie aber nicht zu streng auffassen, da der Umstand, daß vielfach Geld an die Ärzte bezahlt wurde, sich obervanzmäßig noch aus der französischen Zeit her schreibe, wo die Eltern, die im Allgemeinen große Angst hätten, ihre Söhne dienen zu lassen, für diejenigen für Geld Remplagants (Stellvertreter) hätten kaufen können.“ Der andere Minister, der sich gleichfalls erkundigte, erklärte offener, er wisse aus frühesten Jugendzeit, daß die Befreiungen vom königlichen Militärdienst dadurch, daß man Geld — in der Regel 40 Friedrichsd'or — dafür gezahlt, in seiner Vaterstadt mit voller Offenbarkeit fortgesetzt betrieben werden. Er nannte einen Militärarzt in Düsseldorf, von dem es bekannt gewesen, daß er nichts nähme, während man von den übrigen dortigen Militärärzten gewußt habe, daß sie für Geld ein Attest ausstellten. „Da die Behörden“, schreibt der Minister, „denen dies nicht hätte verborgen bleiben können, bisher nichts dagegen gethan hätten, so verdiene das Publikum, das dadurch zu der Ansicht verleitet worden, daß ein solches Freiwerden für Geld nichts besonders Unerlaubtes sei, eine gewisse Entschuldigung.“

Die Untersuchung deckte die ärgsten Mißstände auf. In Köln und Breslau wurden vollständig eingerichtete Unternehmungen zur Befreiung zahlungsfähiger Dienstpflichtiger aufgedeckt, viele gerichtliche Verurtheilungen fanden statt, mehrere hundert Dienstpflichtige wurden nachträglich in die Arbeiterabtheilungen eingestellt. Die Schlotbarone, Rattunlords und Bankherren, die es verstehen, mißliebige Arbeiter zu boykottiren, wissen auch, sich unangenehmer Beamten zu entledigen. Wer weiß nicht, daß z. B. einer der wenigen tüchtigen Gewerbetreibenden Preussens, der seine Aufgabe ernst nahm, durch den Unternehmungskrieg des Rheinlands glücklich in den Dienst der Reichslande fortgerückt worden ist? So versteht es sich, daß einige der Geldnotabilitäten des Kreises sich beeilten, an Friedrich Wilhelm IV. eine Adresse zu richten, worin sie die Entfernung des Landraths aus dem Kreise forderten. Abermals wurde jedoch die Adresse schroff zurückgewiesen, und der Romantiker auf dem Throne der Hohenzollern rief aus, „es sei eine Impertinenz, ihm Dergleichen zu schicken.“

Aber der Einfluß der rheinischen Kapitalisten, deren Agenten ja im Cabinet saßen, reicht sehr weit, damals so gut wie heute, wie z. B. die Gewerbenovelle und der Knappentwurf des Bergwerksgesetzes deutlich beweisen. Der Landrath wurde eines Tages telegraphisch zum Kriegsminister nach Berlin berufen. Dort erfuhr er, der König sei zu dem Gedanken angeregt worden, die wohlhabenden Militärpflichtigen gegen Zahlung großer Beträge bis zu 2000 Thalern aus den Arbeiterabtheilungen zu entlassen oder von der Einstellung freizugeben und aus den Beträgen einen Fonds für eine wohlthätige Stiftung zu gründen. Es gelang, den König von dieser Idee abzubringen. Dagegen wurde eine Immediatkommission eingesetzt, deren Vorsitzender der Prinz von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm I., wurde, mit dem Auftrage, die Akten in allen einzelnen Fällen durchzusehen und Bericht darüber zu erstatten, wo etwa Strafmilderungen oder Begnadigungen einzutreten hätten.

Die Untersuchung nahm indes immer größeren Umfang an; es stellte sich heraus, daß auch höher gestellte Beamte, besonders ein solcher im Ministerium des Innern, dabei theilhaftig sein mußten. Der Beamte erhielt den Abschied. Als ihm aber von den Räten ein Abschiedsfestessen gegeben wurde, daß der Herr Minister des Innern selber mit. Wozu wäre der Mantel der Nächstenliebe gut, wenn er nicht solche Verderbniß verhüllte? Der Chef der Armee-Abtheilung im Kriegsministerium „sympathisirte“ zwar mit der Energie des Landraths, erklärte aber, „man müsse laviren“. Der Skandal sollte eben um jeden Preis vertuscht werden. Als der Landrath erwiderte, da er ohne Ansehen der Person verfare, passe er dann nicht in die Kommission, erhielt er bald darauf eine Verfügung der Minister des Innern und des Krieges, des Inhalts, er möge sein Kommissarium als beendet betrachten.

Obgleich die Untersuchungen nicht genügend durchgegriffen hatten, wirkten doch die Schrecken sehr heilsam für etliche Jahre. Die Zahl der einjährigen Freiwilligen stieg in den Jahren, wo die Untersuchung begann, bereits von 5 auf 31 und erhöhte sich im Verlaufe fernerer vier Jahre auf etwa 70.

Man begreift, daß der Groll der rheinischen Großkapitalisten gegen den Landrath Gelegenheit suchte und fand, sich zu entlarven. Es gelang den Ränken und Schwänken der Patrioten des Wupperthals, an der sogenannten neuen Aera, die 1858 mit der Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch den Prinzregenten und dem Ministerium Auerwald anhub, die Amtssuspension von Diest her beizuführen. Obwohl sich die völlige Unbegründetheit dieses Vorgehens in der angestellten Untersuchung herausstellte, wurde der Landrath dennoch so tribulirt, daß er seinen Abschied unter Verzicht auf Pension erbat und am 16. April 1860 erhielt.

Ueber den bei dieser Schiebung in erster Reihe theilhaftigen Handelsminister von der Heydt, dem stillen Theilhaber eines großen Bankhauses in Elberfeld und Schutzpatron der militärdienstlichen Sprößlinge der rheinischen Fabrikfeudalität, äußerte sich der Vorsitzende des Disziplinargerichtshofes, jener Minister werde es in seinem ganzen Leben nicht wieder los, daß er nicht selbst die Beweisnahme beantragt, vielmehr sich in seinen Ministermantel gehüllt habe und Alles über sich habe ergehen lassen.

Es verlohnte sich, diese von der Bourgeoispreffe todgeschwiegene Episode einmal kurz darzustellen. Schon 1854 und 1855 glänzte das rheinisch-westfälische Großbürgerthum durch die Tugenden, die in den Bochumer Steuerhinterziehungs- und Schienenflücker-Prozessen so hellleuchtend zu Tage traten.

Heute versteht der Agrarier von Diest — dabei im Einverständnis mit Miquel — eine Erhöhung der Liebesgabe bei Kartoffelschnapsbrennern von 20 auf 33 Mark. In der nothleidenden Landwirthe-Poste präsentirt er sich allerdings anders, als vor vierzig Jahren im Kampfe mit dem rheinischen Gelbadel.

Durch das Monopol soll den Trinkern und den Branntweinern geholfen werden. Daß dabei die große Masse der Verkäufer noch mehr als durch das heutige Steuergesetz belastet werden wird, verschlägt nicht. Bei der inbrünstigen Liebe des weiland Kommunisten Miquel für alle indirekten Steuern ist das Spiritusmonopol eine Gefahr, der die Steuerzahler ernstlich in's Gesicht zu sehen haben.

Aber was thut man auch nicht für die Lieblinge der Regierung? Die preussische Gesetzgebung, die den Landtag mit Brief und Siegel versieht, geht Hand in Hand hier mit der Zoll- und Prämienpolitik des deutschen Reiches. Da die Junker nun einmal die Wappenhalter des Polizeistaats sind, muß ihre bedrohte Existenz gefestigt werden. Der § 2 der neuen Landgemeinordnung, der wenigstens den Gutsbezirken, die die Keime des Gemeindelebens in sich tragen, eine kommunale Verfassung geben will, steht auf dem Papier, so ärmlich seine Befugnisse auch sind. Aber die Vorrechte des Grundadels müssen trotz alledem erhalten werden. Von den 15 729 Gutsbezirken der sieben östlichen Provinzen waren zur Kommunalisirung 1683, also 10,7 Prozent in Aussicht genommen. Wie der Minister des Innern in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Februar 1894 erklärte, sind bis jetzt — 167 Gutsbezirke kommunalisirt. Das heißt die Gutsbezirke erhalten, nicht sie allmählich beseitigen.

Im Kleinen wie im Großen bekundet sich so überall die zarteste Sorgfalt für die Interessen des Besitzes, mag dieser Besitz, wie in der Diest'schen Tragikombie sich auf Schornsteine, Gruben und Webemaschinen, oder auf Kartoffelfelder und Fuselbrennerei stützen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ueber Fideikommissionen aus dem Lande mit dem Ochsenkopf-Wappen (Mecklenburg) entnehmen wir der „Rostocker Zeitung“ folgende Angaben:

Im Staatskalender von 1818, der die erste Zahlenangabe enthält, wird die Zahl der Fideikommissionen zu 38 aufgeführt, darunter 30 Lehn- und 8 Allodialgüter. Nach 25 Jahren ist die Zahl auf 65 gestiegen, 47 Lehn- und 18 Allodialgüter. Nach Verlauf von weiteren 25 Jahren verzeichnet der Staatskalender für 1869 bereits 101 solcher Güter, darunter 58 Lehn- und 43 Allodialgüter. Im jüngsten Staatskalender wird nach abermals 25 Jahren die Zahl zu 140 angegeben, darunter 79 Lehn-, 2 Kunkellehn-, sowie 59 Allodialgüter. Im Laufe gegenwärtigen Jahres hat eine weitere, außergewöhnlich starke Steigerung stattgefunden. Nach Nr. 9 des „Reg.-Bl.“ wurde ein von dem verstorbenen Generalconsul v. Haase errichtetes Fideikommiss bestätigt, welches die 5 Allodialgüter Wiebendorf und Hof Breglin, Amts Boitzenburg, und Roggenstorf, Dorotheenhof und Klein-Salig, Amts Gadebusch, umfaßt. Nach Nr. 14 des „Reg.-Blattes“ fand sodann die Fideikommissionstiftung Bestätigung, welche der verstorbene Oberst v. Tiele-Winler über die von ihm besessenen 9 Lehngüter mit zahlreichen Partinzenzen in vier Abtheilungen errichtete. Die Zahl der Fideikommissionen hat sich danach auf 154 gesteigert. Die Gesamtzahl der ritterschaftlichen Hauptgüter beträgt 1021 und wenn man die unter denselben befindlichen Kammer- resp. Haushaltsgüter in Abzug bringt, verbleiben dem Privatbesitz 947 ritterschaftliche Güter. Nahezu der sechste Theil der letzteren hat im Laufe der Zeit Fideikommiss-Charakter erhalten. Anders noch gestaltet sich das Verhältnis, wenn man die Fideikommissionen und die Gesamttheit der ritterschaftlichen Güter nach dem Flächeninhalt in Vergleich stellt. Die letzteren umfassen einschließlich der Kammer- und Haushaltsgüter 555 744 ha.

Der Flächeninhalt der Fideikommissgüter, soweit dieselben im Staatskalender für 1894 als solche bezeichnet sind, stellt sich auf 122 000 ha. In letzterem Betrage kommen für die hiesigen Provinzen die Fideikommissgüter an: 1. Ostpr. 207 ha, 2. Westpr. 2010 ha, 3. Pomm. 7150 ha, 4. Meckl. 110 ha, 5. v. Tiele-Winkler'sche Güter. Der Flächeninhalt der Fideikommissgüter stellt sich auf insgesamt 122 110 ha, wovon nahezu ein Viertel der Gesamtfläche. Abgesehen davon, daß die Güter des Amtes Ivenack sämtlich Fideikommissgüter sind, stellt das Amt Stavenhagen nach Zahl wie Flächeninhalt der Güter den größten Antheil. In den im jüngsten Staatskalender verzeichneten 14 Hauptgütern mit rund 20 000 ha Flächeninhalt kommen noch 6 Tiele-Winkler'sche Güter mit 4589 ha hinzu. Von dem Gesamtflächeninhalt des Amtes von 74 121 ha entfällt fast ein Drittel auf die Fideikommissgüter. Nächste dem Amt Stavenhagen folgt das Amt Wittenburg, in dem 16 Güter zu rund 18 500 ha die beregte Eigenschaft haben. Letzterer Betrag hebt sich noch um 1173 ha, wenn Derfenow hinzugefügt wird, über welches Alodialgut gemäß dem Nachtrag zum Staatskalender für 1893 ein Fideikommiss in Wirksamkeit getreten ist, ohne daß doch der Staatskalender für 1894 solche Eigenschaft verzeichnet. Bei 40 582 ha Flächeninhalt des genannten Amtes entfällt fast die Hälfte desselben auf Fideikommissgüter. Nächste Wittenburg folgt das Amt Grevesmühlen mit 23 Hauptgütern zu 13 829 ha Flächeninhalt, dann Wredenhagen mit 8 Gütern zu 10 060 ha. Die 4 vorbereiteten Güter umschließen mehr als die Hälfte des Flächeninhalts sämtlicher Fideikommissgüter. Das einzige Amt, welches zur Zeit keine solche Güter enthalte, ist Grabow. In den letzten, dem vorigen Jahrhundert angehörigen Staatskalendern wurden die Güter Balow und Werle dieses Amtes als Fideikommissgüter gekennzeichnet. Nach dem Flächeninhalt nimmt das Bafendorfer Fideikommiss die erste Stelle ein; dasselbe umfaßt einschließlich des Gutes Tressow, Amtes Neustadt, 8948 ha. Ihm folgt das Fideikommiss Ivenack, zu dessen im Staatskalender unter Amt Ivenack am Anfang zu 6980 ha, am Schluß zu 8964 ha angegebenen Flächeninhalt für das im Amt Stavenhagen belegene Gut Borgfeld noch 433 ha hinzutreten, so daß der Gebetrag fast 7400 ha ergibt. Die nächste Stelle würde die oben zu 7190 ha angegebene v. Tiele-Winkler'sche Begüterung einnehmen, die jedoch, wie bereits angegeben, in vier Abtheilungen zerfällt. Weiter folgt das Bothermer'sche Fideikommiss mit 6846 ha. In größerem Abstände folgen die Fideikommission Dreilühnow mit 4168 ha und Rehow mit 3620 ha. Ueber je 2000 ha umschließen noch 8 Fideikommissionen in folgender nach der Größe geordneten Abtheilung: Torgelow, Barchentin, Rodenwalde, Schlieffenberg, Negehand, Damerecz, Gr.-Kranfow und Melfow. Nach den Angaben über den Flächeninhalt, welche die Fideikommissgüter in den einzelnen Provinzen des Königreichs Preußen einnehmen, bleiben nicht bloß Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Hannover und Westpreußen, in denen sämtlich der Flächeninhalt der Fideikommissgüter 100 000 ha nicht erreicht, hinter Mecklenburg-Schwerin zurück; letzteres überragt vielmehr auch noch Posen mit 111 658 ha, Provinz Sachsen mit 115 642 ha und Ostpreußen mit 125 133 ha. Mecklenburg-Schwerin nimmt mit 132 116 ha Flächeninhalt seiner Fideikommissgüter den Platz ein zwischen der letztgedachten Provinz und Westfalen mit 146 826 ha.

Deshalb ist es auch gar nicht verwunderlich, wenn Mecklenburg zu den „Arbeiter-Eldorados“ gehört!

Da liegt der Hase im Pfeffer begraben. Antisemitische Organe bemühten sich in letzter Woche von der „Sozialdemokratie hinter den Kulissen“ zu faheln. Die „Staatsbürger-Zeitung“ hatte das wohlverfundene Kabinettsstück antisemitischer Weisheit ausgeheckt. Etwas eigenartig klingt nun in dem Organ des Herrn von und zu Hammerstein der Spenzzeitung“ folgende Stelle, die sich in dem Leitartikel „Die innere Politik der Woche“ findet. Es heißt dort:

„Ob der von der „Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlichte Bericht über eine Behauptung der sozialdemokratischen Parteiführer und ihrer Vertrauensmänner den Thatfachen entspricht oder eine Mystifikation bedeutet, wird sich, der Natur der Sache nach, mit Sicherheit kaum feststellen lassen. Auf die Ablenkungsversuche der sozialdemokratischen Presse legen wir natürlich keinen Werth; aber auch der behauptete Thatbestand selbst kann nicht bewiesen werden, so lange sich der Verfasser des Berichtes, wer immer er sein möge, nicht öffentlich zu ihm bekennt. Bei alledem muß die Veröffentlichung dieses Berichtes der sozialdemokratischen Parteileitung höchst unangelegentlich kommen, da Jeder, der die Empfindung hat, daß herabgezogen sich sehr wohl zugehörigen haben könnte. Zum mindesten ein starker Rest von Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie wird beim Judenthum deshalb unter allen Umständen zurück bleiben, und das dürfte die Kasse der Umsturzpartei zu ihrem Schaden bald erfahren, während es den Nimbus des Antisemitismus zu vermehren geeignet ist, daß ein Mann wie Debel ihm wider Willen jebiel Anerkennung zollt. Wüßte er manches, was wir wissen, er würde noch anders geredet haben. Wir sehen aber keinen Grund, ihn und seinesgleichen „aufzuklären“. Das darf den Thatfachen selber überlassen bleiben.“

Was heißt das weiter? Die „Geschichte“ war aus reinem Groll darüber erfunden, daß die Kasse unserer Partei stets gefüllt ist, während bei den Antisemiten fortwährend „Dalles“ herrscht. Da in dem Hirn unserer teuflichen Jünglinge die hinverbrannte Idee einer „alliance israelite“ mit Geheimkapitalien spukt, so darf man sich über den überaus läppischen Versuch uns bei Juden und Judengenossen anzuschwärzen, nicht wundern. Der unsere Parteiverhältnisse kennt, kann sich natürlich über diesen antisemitischen „Dummenjungenstreich“ eines Lächelns nicht erwehren. In der heutigen Sauregurkenzeit, wo die Hitze auf manchen allzu sehr einwirkt, dürfte der Erguß der antisemitischen Seelen Mitleid erregen!

Es war nicht! Die „Nat.-Bzg.“ und die „Rdn. Bzg.“ enthalten folgende übereinstimmende Meldung: Oberlandesgerichtsrath v. Buscha erklärt, ihm sei von seiner vorgesetzten Behörde zum Landeshauptmann v. Buscha sein Reichs-Rat's-Mandat erteilt, nichts davon.

Das arme Schindmädchen. Welche Veringschätzung von manchen Seiten der Lehrerausbildung entgegengebracht wird, beweist folgender Fall, den die „Berl. Volksztg.“ mittheilt. Durch Annonce wurde gegen 15 W. monatl. Honorar ein Lehrer oder eine Lehrerin gesucht für wöchentlich acht Stunden; das macht pro Stunde ca. 45 Pfg. Dabei ist Hin- und Rückweg nicht bezahlt; denn die Stunden sollten im Hause der Familie gegeben werden. Nun kommt aber das Beste. Durch Aufgabe von Offerten wurde ermittelt, daß es eine Baronin, die Frau eines Hauptmanns war, die dem Lehrer ihrer Kinder ein solch' nobles Gehalt in Aussicht stellte. Die Dame erhielt dann die Mittheilung, daß man nur habe wissen wollen, wer die Arbeit eines Lehrers geringschätze, im Uebrigen aber auf die Stunden verzichte. Daraufhin hat die Dame den betreffenden Lehrer sogar noch bei der Schuldeputation angezeigt, und derselbe ist auch über die Angelegenheit zu Protokoll vernommen worden, mit dem Bemerkten, daß die Schuldeputation auch über das „außeramtliche“ Verhalten der Lehrer zu wachen habe. Auf den Ausgang der Angelegenheit ist man sehr gespannt. Wann wird sich der Lehrerstand endlich aufrufen, und sich seiner „Würde“ bewußt werden?

Militaria. Aus Dresden wird der „Voss. Bzg.“ geschrieben: Ein Landwehrmann, der beim hiesigen Schützenregiment zu einer Uebung eingezogen war, wurde verhaftet und in Untersuchungshaft genommen, weil er angeblich in der Kantine sozialdemokratische Lieder gesungen haben soll. Wir glauben nicht, daß einer unserer Genossen so unvorsichtig gewesen ist.

Zu den Reichsfinanzplänen. Im „Hamburger Correspondenz.“ wird ausgeführt, daß die Reichsfinanzpläne für die nächste Reichstagsession sich auf den Versuch der Deckung der Mehrausgaben durch neue Einnahmen des Reiches beschränken werden. Was die einzelnen Steuervorlagen anlangt, so schienen die abgekehrten Theile der Novelle zum Reichsstempelgesetz, Check-, Quittungs- und Frachtbriefsteuer wenigstens in dieser Form für die Zukunft aussichtslos. Dasselbe gelte von dem Weinsteuergesetz.

Bei der Tabakfabriksteuer haben unter Anderem die Kontrollmaßregeln starken Anstoß gefunden. Solche strengen Vorschriften hielt die Vorlage aber für unerlässlich, wenn der Tabak wirklich den von der Fabriksteuer erwarteten Mehrertrag liefern sollte. Der theilweise Verzicht auf die Kontrollmaßregeln wäre daher gleichbedeutend mit einer erheblichen Verminderung des früher in Aussicht genommenen Ertrages. Nimmt man also an, daß die in der letzten Vorlage vorgesehenen Kontrollmaßregeln abgeschwächt werden müssen, um die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, so folgt der weitere Schluß von selbst, daß eine minder hohe Besteuerung des Tabaks in Aussicht stehe. Rechnet man sich ferner aus, daß zusammen mit dem geschätzten, aber freilich bisher nicht entfernt erreichten oder auch nur wahrscheinlichen Mehrertrage der Börsensteuer und des Lotteriestempels auch eine beträchtliche niedrigere Mehreinnahme aus dem Tabak, als bisher in Aussicht genommen war, ausreichen würde, die Mittel zur Deckung der Kosten der Militärvorlage zu liefern, so liegen auch die Wurzeln der Auffassung, daß man sich zunächst auf die Wiedervorlegung der Tabaksteuer in abgeschwächter Gestalt beschränken werde, klar zu Tage.

Herr Mohr und seine Ziehharmonika gen. Programm. Ein „Eingeweihter“ aus Neumünster theilt im „Echo“ das Wahlprogramm des Margarinefabrikanten aus Bahrenfeld mit, das ein Unikum dergleichen ist und allen Erklärungen der Wackelputzpartei die Krone aufsetzt. „Habe ich und auch wohl viele unserer Parteigenossen bisher nicht recht gewußt, schreibt der „Eingeweihte“, wie sich Herr Mohr zu einer Reihe der wichtigsten Tagesfragen stellen wird, so bin ich jetzt in der glücklichen Lage, das diesbezügliche Programm des Herrn aufs Genaueste zu kennen. Und da diese Kenntniß für alle diejenigen, welche zwischen Herrn Mohr und Genossen v. Elm zu wählen haben, von großer Wichtigkeit ist, so will ich durch Nachstehendes Jedem zu dieser Kenntniß verhelfen. In einem Briefe, wie er solche in größerer Anzahl an seine politischen Commis voyageurs verhandelt hat, giebt der „brave ehrliche Herr Mohr“ denselben ungefähr folgende Rathschläge für die Agitation, die ich leider nicht wörtlich, sondern nur dem Sinne nach wiedergeben kann.

- 1) Dem Hund der Landwirthschaft sagen Sie, daß ich mit Herrn v. Blöy Hand in Hand gehe!
- 2) den Bauern können Sie erklären, ich stände auf dem Standpunkt, daß Margarine nicht absolut nothwendig ist, wenn ich sie aber nicht fabrizire, thut dies ein Anderer. Lassen Sie auch durchblicken, daß ich mich verpflichte, denjenigen Ortshäufen, wo sie mich wählen, die Milch ihrer Meierei mit 2/3 bis 3 Pfg. Aufschlag gegen den früheren Preis abzunehmen;
- 3) den Freisinnigen wollen Sie mittheilen, daß ich in Betreff der Steuervorlagen Luxussteuern haben will, doch können Sie gleichzeitig den ob dieser Aussprüche bestärzten konservativen und nationalliberalen Vertrauensleuten sagen, daß ich mich an diese Aussprüche nicht binden werde;

4) den Antisemiten dürfen Sie mittheilen, daß ich ihr Programm anerkenne; doch wollen Sie gleichzeitig den Landleuten sagen, daß ich diesen Anspruch nicht halten werde, denn die Juden sind gleichberechtigt, weil sie Steuern zahlen und Militärleistungen machen müssen.“

Kürzlich lasen wir, daß sich nicht Herr Mohr, sondern Frau Mohr um das Mandat bewirbt; da wir nicht tief genug in die Familienverhältnisse der Familie Mohr eingeweiht sind, können wir auch nicht darüber urtheilen. Nur soviel wissen wir, daß der Verfasser des „Wohr'schen Programms“ ein kleiner „Voss“ gewesen sein muß. Wenn nun das Rantschulprogramm Mohr's das behrbar ist, wie seine Margarine, nicht zehrt, zehrt gar nichts mehr. Werthberechnung der Einfuhr und Ausfuhr in Deutschland. Eine Vergleichung der jetzt für 1893 festgestellten endgiltigen Zahlen mit denen der Vorjahre, und zwar unter Ausschluß der Edelmetalle, ergibt folgendes Resultat:

	Waaren-einfuhr	Waaren-ausfuhr	Ueberschuss der Einfuhr
	in Millionen Mark		
1889	3089,0	3104,8	824,8
1890	4145,6	3920,5	818,0
1891	4150,8	3175,5	875,3
1892	4018,4	2054,1	1064,3
1893	3961,7	3092,0	869,7

Im Vergleich mit dem Vorjahre ist demnach der Werth der Einfuhr um 56,8 Millionen Mark zurückgegangen, dagegen hat sich der Werth der Ausfuhr um 137,9 Millionen Mark gesteigert.

Vom Todtenbette des Freisinnigen berichtet der „Vorwärts“: In Saß und Asche sollten die Freisinnigen über ihren Niedergang trauern. All ihr Gebälge über den Bierbofott läuscht niemanden darüber, daß der Frosch trotz allen Sequaces nur ein Frosch bleibt, daß Eugen Richter, so voll er den Mund gegen die Arbeiter auch nimmt, ein Offizier ist, den die Reste einer in Auflösung begriffenen Armee sich anschließen zu verlassen. Das „Berliner Tageblatt“ selbst weist auf den eben nicht mehr zu verleugnenden Rückgang der freisinnigen Partei hin. Das Blatt schreibt:

Betrachten wir die Wahlen in Mecklenburg, Pommern und Pommern:

	1893	1894	freisinnige Stimmen
Mecklenburg-Pommern	1381	88	do.
Pommern	3981	1999	do.
Pommern	6223	5052	do.

Das ergibt also für die freisinnige Volkspartei — denn diese stellte in allen drei Fällen den Kandidaten — einen Verlust von 4481 Stimmen.

Das bedeutet einen Rückgang von mehr als einem Drittel der Stimmen und mit anderen Worten ein vollständiges Verschwinden der freisinnigen Volkspartei vom politischen Schauplatz bei den nächsten Wahlen. Wenn heute fast alle Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei bloß von der Sozialdemokratie Gnade im Reichstage sitzen, so werden sich die Gelehrten von der „Freisinnigen Bzg.“ wohl selbst sagen, daß auf die Hilfe unserer Partei bei Stichwahlen nicht mehr zu rechnen sein dürfte. Dann fehlt noch in den sich noch zu dieser im Abbröckeln begriffenen Partei rechnenden Kreisen das, was den Niedergang noch aufhalten könnte, die Einigkeit, der Opfermuth und die stramme Disziplin. Gerade ein Jahr nach der Spaltung der freisinnigen Partei, steht die freisinnige Volkspartei vor der Eventualität einer Spaltung in eine reine Manchesterpartei und eine, die in ganz verdünnter Wasserfuppen-Sozialpolitik machen will. Aber selbst den behutsam nach vorwärts strebenden Theilen der Partei fehlt die Zuversicht. Das „Berliner Tageblatt“ bescheinigt das den Reformern in ganz aufrichtiger Weise mit folgenden Ausführungen:

Die Funktionen der äußersten Linken sind auf die Sozialdemokratie übergegangen. Ihren Vormarsch hält man durch ein paar Tropfen sozialen oder sozialistischen Deles nicht mehr auf. Man muß sozialpolitisch seine Schuldigkeit thun, natürlich aber man darf nicht darauf rechnen, damit große Geschäfte für die Partei zu machen. Es ist zu spät. In den sechziger und siebziger Jahren war es Zeit, da konnte man unser liberales Parteiwesen noch in englische Bahnen lenken. Jetzt ist die Sozialdemokratie schon zu mächtig, der Klasseninstinkt des Arbeiters zu lebendig geworden, als daß die bürgerlichen Parteien in den Centren der Industrie das verlorene Terrain leichter Hand wiedergewinnen könnten.

Zu einer reinen Bourgeoispartei muß der Freisinn werden, sagt das Tageblatt, als ob die um Richter, wie die um Kiderer nicht genau ebenso wie die um Bennigsen und Hammacher Vertreter reiner Bourgeoisinteressen waren und sind. Was das Tageblatt sagen will, ist nichts anderes, als daß die beiden freisinnigen Gruppen sich mit der nationalliberalen Partei vereinigen müssen, um ihr Scheitern noch etwas länger fristen zu können. Auch das wird nicht helfen, denn der deutsche Liberalismus ist in allen seinen Schattierungen dem baldigen Untergange geweiht.

Italien. Der große Schauspieler und Hentersmann von Italien, der durch Fehlschuß eines Thoren unfeindlich zum Nationalhelden geworden ist, hat bei einer großen Demonstration, die vor seiner Wohnung stattfand, eine kurze Ansprache gehalten, in der er versprach, bis zum letzten Blutstropfen die Grundsätze der Freiheit zu verteidigen. Leider hat er nicht gesagt, welche Freiheit er verteidigen will. Jedenfalls doch die Freiheit des Henters hungriger Menschen. O, der Mörder von Italien versteht die Partien gut zu mischen! Nur Geduld! Sein „Rantsch“, den er jetzt glücklich gewinnen wird, übertrumpft das Proletariat hundertfach durch ein „Grand ouvert.“

Das hungrige Italien. Aus Palermo, sowie anderen Städten Siziliens, treffen sehr ungünstige Nachrichten

Über die Lage der Arbeiter ein. Ganze Häuser stehen leer; Arbeiter ziehen auf den Feldern umher und nähren sich von Pflanzen. Auf öffentlichen Plätzen versammeln sich Frauen und Kinder und belammern in lauten Worten das Glend. Die Polizei entfernt fast täglich Plakate, welche zur Revolution auffordern. In Tavore sind Tausende von Schwefelgrubenarbeiter ohne Beschäftigung; dieselben zogen gestern nach Macolmino und forderten die dortigen Arbeiter auf, die Arbeit niederzulegen, wenn nicht alle lohnende Beschäftigung finden.

Belgien.

Das Untersuchungsgericht in Lüttich hat nach der Frankfurt. Bzg. an die auswärtigen Polizeidirektionen folgende Mitteilung gehen lassen:

Ein Mann, welcher sich angeblich Baron Ernst v. Ungern-Sternberg nennt, am 27. Februar 1897 in Moskuschow in Rußland als Sohn des Philipp Paul Leonhard Baron Sternberg aus Petersburg und der Barbara Gromitsch (gestorben in San Remo im Jahre 1874) geboren zu sein vorgibt, ziemlich groß, sehr kräftig und blonden Haaren gelblichem Teint, blonden langen Schurrbart, Weisshäut am Kinn, wird beschuldigt, der Urheber und Komplotz der nachbezeichneten Verbrechen zu sein; Verführung und Versuch der Verführung von Gebäuden durch die Wirkung einer Explosion, mit Vorbedacht herbeigeführte persönliche Arbeitsunfähigkeit, Erzeugung und Anwendung von Explosionsstoffen und ähnlichen Sprengkörpern (Bomben), wirkend durch Explosion, in der Absicht, Verbrechen gegen Personen und Eigentum zu begehen und begehenden zu lassen, Bildung von Veretlungen in der Absicht, Attentate gegen Personen und Eigentum zu begehen; Komplott, gebildet in der Absicht, Verführung, Verbrechen, Plünderung in einer oder mehreren Gemeinden herbeizuführen. Gegen den Mann liegt Haftbefehl vor, den das Gericht vorkommenden Falles zu vollziehen bittet. — Die „Gazetta de Vloga“ („Lütticher Zeitung“) veröffentlicht nachstehenden Brief, den sie erhalten hat: „Ich habe gesehen in einem hiesigen Lokalblatt gelesen, daß eine Personlichkeit, welche in anarchistische Machenschaften verwickelt ist, sich meines Namens Ernst Baron von Ungern-Sternberg bedient. Da dieses Blatt seinen Artikel der Zeitung, die Sie redigieren, der „Gazetta de Vloga“, entnommen hat, beziehe ich mich, Ihnen mitzutheilen, daß ich in Afrika (Algier) im Jahre 1898 die kurze Bekanntschaft eines Mannes Namens Jachotowsky gemacht habe, der ungefähr 30 Jahre alt war, einen blonden Bart trug und sehr gut russisch und deutsch und leidlich französisch sprach; derselbe gab sich als der Dolmetscher einer russischen Konsularschaft oder eines Konsulats aus (zu Wien oder Genf, ich erinnere mich dessen nicht mehr gut), und ich glaube, daß er auch einen regelrechten Paß auf den Namen Jachotowsky hatte. Unmittelbar nach der Abreise dieser Personlichkeit bemerkte ich den Verlust meines Passes, der von dem livländischen Gouverneur, dem General Sinowjew, im März 1890, ich glaube unter Nr. 78, ausgefertigt war; der Paß trug die Wafsen des kaiserlich russischen Generalkonsulats in Buenos Aires vom Jahre 1890 und von Rio de Janeiro von 1891; er war auch visirt worden vom deutschen Konsulat in Riga bei meiner Abreise aus jener Stadt und bei der Abreise von Albed von den dortigen Behörden. E. B. Ungern-Sternberg, russischer Konsulat.“

Die Sache wird immer dunkler!

Lübeck und Umgegend.

19. Juni.

Ueber verschiedene Uebelstände, die den Bewohnern der Braunstraße, spec. den Nachbarn und Anwohnern der Kraftstation der elektrischen Straßenbahn durch den Bau bzw. den Betrieb derselben entstanden sind, schreibt die „Eisenbahn-Zeitung“ Folgendes:

Die allgemeine Berliner Elektrizitäts-Gesellschaft hat ihre Kraftstation an der Braunstraße aufgeführt. Es kam uns wiederholt zu Ohren, daß es in der Nachbarschaft nicht mehr auszuhalten sei; wir haben nun die Bewohner selbst befragt und übergeben unsere Ermittlungen hiermit der Öffentlichkeit. Das Haus des Herrn Stüdt liegt 4 1/2 Meter von der Station entfernt, beide Gebäude werden durch eine schmale Querstraße von einander getrennt. In dem Stüdt'schen Hause ist das Summen und Säusen der Maschine so laut, daß gesunde Menschen krank werden müssen. Nerven, die diesen Lärm ständig gewachsen sind, giebt es überhaupt nicht mehr. Das Haus hat durch die starken Erschütterungen, die der Maschinenbetrieb verursacht, Misse bekommen, zeitweilig schwankt im Hause alles Bewegliche. Die weitaus liegenden Fenster des Hauses sind nicht zu öffnen, weil statt der frischen Luft ein schrecklicher Delgeruch in die Stuben dringt. Im Nachbarhause, Herrn Eiselen gehörend, spürt man zeitweilig die Erschütterungen auch, am meisten wird man indes durch einen anderen Uebelstand belästigt. Vor dem Hause der Station befindet sich ein Schacht der Stelleitung, dessen Öffnung mit einem durchlöcherigen Deckel verschlossen ist. Aus diesem Loch drängen die Dämpfe des abgelassenen heißen Wassers auf die Straße, und da die Pferde eines benachbarten Rannmanns davor scheuten, mußte das Loch verstopft werden. Jetzt kommt der Dampf aus dem Sielrohr, das vor dem Eiselen'schen Hause liegt, heraus. Die Bewohner können nun ebenfalls die Fenster nicht öffnen, da der Dampf alles weniger wie wohlriechend ist. Hart an der Station liegt das Haus des Herrn Tischlermeisters Hempel. Hier ist der Lärm der Maschine in der unangenehmsten Weise zu hören. Die Erschütterungen, die Abends nach 8 Uhr am schlimmsten sind, haben sich durch vielfache Ritze in den Wänden bemerkbar gemacht. Ein Miether des Herrn Hempel, Herr Radbruch, räumt zum 1. Juli seine Wohnung, ohne dem Hausbesitzer die Miethen bis zum 1. Oktober zu zahlen, weil die Wohnung nicht mehr in bewohnbarem Zustande ist. Die Elektrizitäts-Gesellschaft weiß, in welche Bedrängnis sie die Anwohner der Station gebracht hat; durch allerlei Vorkehrungen hat sie versucht, die Uebelstände zu beseitigen, aber der Erfolg ist gleich Null geblieben, und er wird auch gleich Null bleiben. Angesichts dieser Anlage fragen wir die Lübeckischen Behörden, ob sie es dulden wollen; daß Miethbürger ihr Haus zur Hölle gemacht wird, daß ihre Grundstücke entwerthet, sie selbst schließlich ruiniert werden. Wie war es denn seiner Zeit bei der Ewers'schen Werft? Damals hat man die in der Vorstadt fast isolirt liegende Werft gezwungen, sich mit großem Kostenaufwand durch eine ungeheure Mauer von der Welt abzuschließen. Jetzt baut man ohne Rücksicht auf das Geschäft, auf die Gesundheit und das Vermögen der Bürger eine solche Anlage mitten in einem bewohnten Häuserviertel der Stadt. Wir erwarten, daß diesen Miethbürgern der volle Schutz der staatlichen Behörden zugesandt zu Theil wird und daß hier schließlich für Abhilfe gesorgt wird.

Wir haben den Gründen der „Eisenbahnzeitung“ eine Erklärung entgegenzusetzen. Nur die Frage, wie war es denn seiner Zeit bei der Ewers'schen Werft? Die Anwohner der Rathenstraße konnten damals den Lärm nicht ertragen; es wurde daher dem Besitzer auf-

erlegt, eine Mauer um seine Betriebsstätte zu ziehen. Nachdem nun der Besitzer der Werft zu Grunde gegangen, — ob hieran die Mauer mit Schuld trug und in wie weit dies der Fall war, wollen wir dahingestellt sein lassen — wird aus eben denselben Kreisen der Wunsch laut, die hohe Mauer abzutragen. Von dem Bürger-Ausschuß wird wenigstens ein diesbezüglicher Antrag dem Senate zur Verathung empfohlen. Sollte nun dieser Antrag irgendwie Kraft erlangen, wer wäre dann derjenige, welcher den Schaden hätte? Der Lübecker Steuerzahler! Er müßte dann für die Fortschaffung eines Hindernisses seine Steuern zahlen, welches man seiner Zeit einem industriellen Unternehmer, — den man in Arbeiterkreisen nicht gern von hier scheiden sah — in den Weg legte, und welches denen, die es einst forderten, hinderlich ist. Was ist nun hier der Fall? Weßhalb — zu allererst diese Anfrage — legten die Anwohner der Braunstraße, keine Beschwerde ein, als der Bau des Betriebes in Aussicht stand? Waren sie nicht sogar entzückt, daß die Bahn nach der Holstenstraße verlegt wurde? Wir persönlich schwärmen gewiß nicht für kapitalistische Unternehmungen, aber wissen nur zu gut, daß bei Fällen, wie er hier vorliegt, schon mancher zum Nachtheil der allgemeinen Steuerzahler sein Schäferschens ins Trockene gebracht hat. Für uns ist es noch gar nicht feststehend, daß die Störungen so kolossal sind. Wir selbst haben z. B. kaum steinwurfweit von dem bedeutend größeren Betriebswert der Breslauer elektrischen Straßenbahn gewohnt, ohne im geringsten gestört zu werden. Zum andern! Was sollen in Berlin die Anwohner der Stadt- und Ringbahn sagen? Ist deren Störung nicht noch größer? Derartige Verzweiflungsaussprüche, wie sie die Eisenbahnzeitung bringt, sind nicht aufzunehmen, da der Grund- und Bodenwucher sehr häufig dahinter versteckt liegt. Wir werden daher schon die Sache nicht aus den Augen verlieren! Im Uebrigen wollen wir wünschen, daß allen Klassen der Bevölkerung gleiche Rechnung getragen wird.

Es ist nicht Alles Gold, was glänzt. Kürzlich hatte irgend eine feine Gesellschaft bei der Besichtigung der Brauerei zur „Wassermühle“ alle Einrichtungen auf das Ausgezeichnetste hingestellt, und auch Herr Lück kam nicht einsehen, daß unter den Einrichtungen für die Arbeiter sehr lebensgefährliche sich befinden. Unser Gewährsmann erlaubt sich nun, an dieser Stelle einige derselben betr. Gerwerbeseinsicht, sowie Herrn Lück zu unterbreiten. Sehr gefährlich ist der Fahrstuhl oder Aufzug. Derselbe wird auf zwei Arten aufgezogen und abgelassen. Frühmorgens beim Bierausstoß mit der Maschine, den übrigen Tag meistens mit der Hand. Wenn die Maschine dazu benutzt wird, ist es weniger gefährlich, da dann der Zug von zwei Drahtseilen geleitet wird, und nach unten langsam geht. Doch um die Maschine zu schonen (trotzdem sie geht), wird den übrigen Tag über der Handaufzug benutzt. Im Keller schneidet der Aufzug den Vorkeller in der Mitte quer durch. Ein Nebenweg ist nicht vorhanden. Die im Keller Beschäftigten sind, um ihren Arbeiten nachzukommen, gezwungen, (wenn der Aufzug nach oben geht oder sich oben befindet), unter dem Aufzug durchzugehen. Damit der Aufzug, wenn er unten ist, mit dem Vorkeller gleichliegt, ist eine Vertiefung angebracht. Wenn der Aufzug nicht unten ist, ist er auch gewöhnlich beladen. Bei Benutzung des Handaufzuges hängt der Zug nur an einer Kette. 4 bis 5 Hektoliter (12—15 Ctr.) werden damit hochgezogen. Reißt die Kette, dann wehe dem, der unten durch geht. Eine Fallvorrichtung, wie die betr. Gesellschaft gesehen haben will, ist nicht vorhanden. Was da angebracht ist, soll nur eine Fallvorrichtung sein, wenn sich der Zug oben befindet. Vor gar nicht allzu langer Zeit ist beim Laden des Zuges mit Flaschenbier die Kette gerissen und der Zug hinabgestürzt. Glücklicherweise hat sich Keiner Schaden zugefügt außer — den 500 Flaschen. Mit dieser Vorrichtung wird eher noch mehr Unglück passieren; denn ist der Zug voll leerer Fässer geladen, und ruht er auf der Haltevorrichtung, so ist man gezwungen, um den Zug wieder frei zu machen, denselben noch etwas höher zu ziehen. Wie gefährlich es ist, den schweren überspannten Zug aus den Kammrädern in die Bremse zu drängen und dieselbe festzuhalten, ist leicht erklärlich. Daß es sehr gefährlich ist, einen beladenen Zug mit der Bremse abzulassen, der nur an einer Kette hängt, den Vorkeller durchschneidet, wo die Leute gezwungen sind, mitunter durchzugehen, wird wohl kein Mensch bestreiten, oder höchstens die betreffende Gesellschaft. Aber Herr Brauereibesitzer Lück wird auf jeden Fall einwenden, so lange sich der Zug nicht unten befindet, soll keiner durchgehen. Ja, wenn die Leute Zeit genug hätten, würden sie es auch nicht thun. Doch bisher mußte der beim Schläuchen, Abziehen und Eisgeben Beschäftigte unten durchgehen, wenn er das Verlangte fertig bringen soll. Des Weiteren befindet sich über dem Läuterbottich ein blecherner Deckel, welcher den ganzen Tag, ausgenommen zwei Stunden, über dem Bottich schwebt. Der Deckel wird mittelst einer Schneckenwinde hochgezogen. Die Rolle, um welche sich die Kette wickelt, ist mit der Welle nur durch einen Stift (Stahlnagel) befestigt. Einmal ist dieser eiserne Stift schon heruntergefallen, aber so lange kein Menschenleben gefährdet und Herr Lück nicht gezwungen wird, das zu ändern, so lange bleibt es bestehen. Ein Zeichen, wie Herr Lück um seine Arbeiter besorgt ist.

Ueber den Verkehr in unserem Hafen wird der „Zett. Bzg.“ von hier geschrieben: „Unser Hafen bietet in der letzten Zeit fortgesetzt das Bild einer großen Flaue. Im Gegensatz zu früheren Jahren sieht man jetzt nur sehr

wenig Dampf- und Segelschiffe mit Kössen und Läden beschäftigt. Der Güterverkehr nach und von Finnland, der bis vor kurzem recht leblich war, flaute ab, während sich der Passagierverkehr etwas gehoben hat. Nicht schwer empfinden die nach Danemart fahrenden Schiffe das noch immer bestehende Vieheinfuhrverbot, da andere lohnende Ladung nur in geringem Maße vorhanden ist. Nicht selten kommt es vor, daß die regelmäßigen Touren-Dampfer mit nur halber Ladung hier anlangen resp. den Hafen verlassen. Der Frachtverkehr nach Kopenhagen, Stralsund, Danzig und Königsberg läßt ebenfalls zu wünschen übrig; nach Altona liegt der Frachtverkehr arg darnieder. Ausfrachten ab Neval und Petersburg sind schwer zu erhalten, es haben schon einige Dampfer mit halben Frachten nach hier gehen müssen. Die hauptsächlichsten Ausfuhrprodukte nach Rußland sind sehr Viehe, Stangen-eisen und Maschinenteile, sowie Buchenstämme. Einen Theil des Ausfalls an Fracht von und nach den nördlichen Häfen wird durch den Passagierverkehr gedeckt.“

Vorsicht beim Genuß gekochter Krabben. Die Hamburger Polizeibehörde macht Folgendes bekannt: Nach ärztlicher Beobachtung entwickeln sich namentlich während der wärmeren Jahreszeit bei gekochten Krabben und zwar bereits vor dem Austritt eines Fäulnisgeruches gesundheits-schädliche Stoffe. Der Genuß solcher in Verfertigung begriffenen Krabben hat wiederholt zum Theil lebens-gefährliche Erkrankungen hervorgerufen und wird deshalb davor gewarnt.

Vorsicht beim Kartoffelabkeimen. Die „Dress. Nachr.“ schreiben: „Es sei davor gewarnt, mit wunden Händen Kartoffeln abzuleimen, denn die aus den Kartoffeln gewachsenen Keime sind sehr giftig. In den bei Wehlau belegenen Bürgerdorf hat dies eine Frau gethan und sich eine sehr schwere Blutvergiftung durch die Kartoffel-keime zugezogen, die in wenigen Stunden ihren Tod herbeiführte.“

Die zum Erweiterungsbau der Schule zu Nüsse erforderlich werden Arbeiten und Lieferungen sollen im Wege des öffentlichen Verbings vergeben werden. Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Stadtbau-bureau in den Dienststunden zur Einsicht aus, auch können Abschriften derselben gegen portofreie Einsendung von Mk. 3.20 von dort bezogen werden. Die verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, auf dem Stadtbau-bureau einzureichenden Preisangebote werden am Sonnabend, den 23. Juni 1894, Mittags 12 Uhr, vom Unterzeichneten in Gegenwart der erschienenen Bieter geöffnet und verlesen.

Druckfehlerberichtigung. In unserer gestrigen Nummer hat sich ein arger sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. In dem Artikel „Italien“ muß es in der vorletzten Zeile heißen: „bis auf den letzten Deut.“

In der Genossenschafts-Bäckerei verunglückte am Montag Abend der Bäcker Glühstorf, wohnhaft Friedenstraße 3a. G. war damit beschäftigt, mittelst der Teigmaschine den Teig zu bereiten. Als die Teigmasse aus der Maschine entfernt war, wollte G. mit einem eisernen Teigträger die in dem Teigbehälter haften gebliebenen Reste des Teiges entfernen. Wahrscheinlich nun ist demselben der eiserne Träger aus der Hand entfallen, er hat jedenfalls danach gegriffen, und gerieth mit der Hand zwischen der in Bewegung befindlichen Schaufel und der Wand des Teigbehälters. Die Hand wurde vollständig abgerissen. Der schnell herbeigerufene Militär-Arzt legte dem Verunglückten den ersten Verband an und veranlaßte dessen Ueberführung in das Allgem. Krankenhaus. — Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Betrieb bei einiger Vorsicht durchaus nicht gefährlich ist. Seitens des Geschäftsführers ist den Arbeitern des öfteren die größte Vorsicht empfohlen, namentlich jede Hantirung in dem Teigbehälter untersagt, solange die Maschine in Thätigkeit ist. Doch das stätige Umgehen mit der Maschine, stumpft den Arbeiter ja erfahrungsmäßig gegen jede Gefahr ab, so nur ist der beklagenswerthe Fall erklärlich. G. ist seit Bestehen der Genossenschafts-Bäckerei dort in Arbeit und einer der tüchtigsten und zuverlässigsten Arbeiter.

Eravemünde. Am Sonntag und Montag nächster Woche wird das vom Gastwirth Carstens arrangirte Vogelschießen abgehalten werden. Am Mittwoch darauf findet das Schulfest der dortigen Bezirksschule, ebenfalls ein Vogelschießen, statt. Hoffentlich wird an diesen Tagen das Wetter günstig sein, und das Fest zur Zufriedenheit der Interessenten sowie der Theilnehmer ausfallen.

Kiel. In der Strafkammerverurteilung am Freitag wurde Dr. Küger aus Eberfeld, der wegen Gotteslästerung sich verantworten sollte, außer Strafverfolgung gesetzt, nachdem Kreisphysikus Dr. Joens erklärt hatte, daß der Angeklagte bereits seit zehn Jahren geistestranke sei. Trotzdem aber hat man den bedauernswürthigen Mann mehrfach zu Gefängnisstrafen verurtheilt. Auch zu der Verhandlung am Freitag wurde er aus dem Gefängnis in Eberfeld vorgeführt. Wenn Dr. Joens Recht hat, woran zu zweifeln wir nach der Entscheidung des Gerichtes keine Ursache haben, dann muß man doch fragen: „Schon ein Geisteskranker in's Gefängnis?“

Schleswig. Selbstmord in der Armeekaserne. Hierüber berichten die „Schlesw. Nachr.“: „Am 14. Juni fand man im Vordergange des Gehölzes von Habsböh einen Bifeldweibel erhängt vor, der ins Spriehaus eingebracht wurde. Die spätere Herausstellung, ist es der Sergeant Jandt vom 86. Regiment, der hier bei der 14. Compagnie logirt und Meldungsstätte, sowie Sabels eines Chiquierens mitgenommen und dafür von seinem Monturhütern im Schlaftloca hinterlassen hatte. Als

Sonntag ist schon auf diesen Mann in Neby gefahret worden, wo er eine Braut hatte, der er geschrieben, daß sie ihn nicht mehr im Leben sehen werde. Der junge Mann ist ein Sohn des Arbeiters Anau in der Michaelisstraße und bisher in Sonderburg in Garnison gewesen. Was den beklagten jungen Mann in den Tod getrieben, davon verlautete bisher nichts.

Kostock. Getreide-Export. In Folge der Aufhebung des Identitätsnachweises scheint sich der Handel in Getreide am hiesigen Plage bedeutend zu heben. In letzter Zeit sind große Quantitäten Weizen aus dem mecklenburgischen Binnenlande, die sonst durchweg fast immer per Bahn ins Innere Deutschlands befördert wurden, nach Kostock zur Verladung nach dänischen, schwedischen und norwegischen Häfen, sowie namentlich auch nach England, speziell nach London gegangen. In diesen Tagen werden wiederum größere Getreideexporte von Kostock aus seewärts stattfinden. Die hiesige altrenommierte Firma C. H. Brockelmann hat den großen dänischen Schooner „E. Bivingstone“, Capt. Erichsen, mit etwa 7 bis 8000 Centner Weizen nach London, sowie ferner den dänischen Segler „Sophie Magdalene“, Capt. Frits, und den deutschen Schooner „Anna Margaretha“, Capt. Kröger, ebenfalls mit Weizen

nach dänischen und schwedischen Plätzen beladen, während das hiesige Schiff „Auguste Lant“, Capt. Giese, von derselben Firma mit Roggen nach Aarhus expedirt wird. Weitere größere Getreideexporte durch die Firma C. H. Brockelmann stehen noch zu erwarten. Ferner hat die Firma Gebr. Karon-Wilchow den Ende voriger Woche von hier abgegangenen dänischen Dampfer „St. Alban“ mit Weizen nach London und jetzt den deutschen Segler „Jantje“, Capt. Brahm, mit Roggen nach der Eider beladen. Dieser Aufschwung des Getreideexports über unseren Platz ist mit großer Freude zu begrüßen. Voraussichtlich wird das Geschäft auf diesem Gebiete nach der neuen Ernte noch eine erhebliche Steigerung erfahren. So die „Kostocker Zeitung“. Bei uns in Lübeck begehrt herrscht im Hafen bekanntlich Uebflaue. Wir merken nichts!

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Montag, den 18. Juni.
11,50 U. N. D. Kant, Buss, von Königsberg in 2 Tg.
8,15 U. N. D. Island, Ohlsen, von Riga in 50 Stb.
8,50 U. N. D. Birnea, Nyberg, von Neval in 50 Stb.
8,10 U. N. Marie Analle, Engel, von Wismar in 1 Tg.

7,15 U. N. D. Dora, Bremer, von Memel in 48 Stb.
8,50 U. N. D. Gador, Ohlsen, von Sonderburg in 11 Stb.
Dienstag, den 19. Juni.
2,55 U. N. D. Wiborg, Karsteb, von Rotta in 8 Tg.
4,20 U. N. D. Orpheus, Belfer, von Königsberg in 48 Stb.
4,20 U. N. D. Rajada, Gulsten, von Kopenhagen in 12 Stb.
5,15 U. N. D. Columbus, Molsen, von Riga in 4 Tg.
7,30 U. N. Aurora, Schlypke, von Neustadt in 12 Stb.
8,-- U. N. D. Jantina, de Groot, von Herubland in 18 Tg.
8,05 U. N. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Stb.
8,40 U. N. D. Lorenz, Westberg, von Ronschamm in 8 Tg.

Abgegangen:
Montag, den 18. Juni.
6,-- U. N. Anna, Hedderfson, nach Gundsbov.
7,30 U. N. D. Borr, Bestow, nach Norröping.
7,30 U. N. D. Galmstad, Lundin, nach Kopenhagen.
8,-- U. N. D. Standia, Björklund, nach Mariehamn.
Dienstag, den 19. Juni.
9,-- U. N. D. Ostar II., Svendsen, nach Karlskhamn.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 6 Uhr Vorm.: 6,55 m W., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Polga ist am 18. d. M. von Stockholm auf hier abgegangen.
D. Marie Louise ist am 17. d. M. von Rotta nach Gleseth abgegangen.
D. Svithlod ist am 18. d. M. in Stockholm angekommen.
D. Ulta ist am 18. d. M. in Albau angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.
Gestern Morgen 10 Uhr entschlief nach kurzen Leiden unsere innigst geliebte Tochter **Martha** im Alter von 18 Jahren. Dieses zeigen tiefbetrübt an **Heinrich Glenke und Frau.** Lübeck, den 19. Juni 1894. Die Beerdigung findet am Donnerstag, 11 1/2 Uhr, vom Allgemeinen Krankenhaus aus statt.

Geschäfts-Anzeigen.
Das allein ACHTE und seit zwanzig Jahren bewährte Original-Carbolinum Avonarius schützt gegen feuchte Mauern und Schwamm. Allein zu haben bei **Ferd. Kayser, Breitestr. 81.**

Bäckerei-Übernahme.
Dem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend zur Kenntniss, daß ich am heutigen Tage die **Bäckerei F. Loff, Schwartauer Allee Nr. 16,** übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, durch gute und reelle Waaren das Publikum zu befriedigen. Es bittet um geneigten Zuspruch **Wilhelm Saks, Schwartauer Allee Nr. 16.**

Heute Mittwoch den 20. Juni: Eröffnung meiner neu renovirten Gaststube. **Dassler, COLOSSEUM.**

200 Stück garnirte Damenhüte, 200 Stück garnirte Kinderhüte, 100 Dutzend Knabenstroh Hüte werden jetzt zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft. **Arthur Mansfeld, 12 Holstenstraße 12.**

Rattenlatwerge in Dof. a 50 Pf. u. 1,00 Mt. Gistweizen, empfiehlt **C. F. Alm, Drogist, Holstenstraße 18 u. Noislinger Allee 6a**

Grosser Ausverkauf!
Verkaufe alle Sorten **Stroh Hüte** von jetzt an zu halben Preisen. **H. Gröper, 11 Kupfer Schmiedestraße 11.**

I. Kirchsaff, die Flasche 40 Pfg., **Frankfurter Apfelwein,** die Fl. 40 Pfg., **Ungarischer** " " " " die Fl. 50 Pfg. ohne Glas. **T. Buhrmann, Inhaber Georg Kämpff.**

Amelsen-Eier bestes Futter für Goldfische. Farben u. Drogen. **Breitestrasse 81. Ferd. Kayser.**

I. wasserfreie Seife von **H. Hoepner & Sohn, Hannover,** das Stück 20 Pfg. **T. Buhrmann, Inhaber Georg Kämpff.**

TAPETEN große Auswahl, billigste Preise. **E. L. Schwartz, Regidienstr. 37.**

I. Sternseife von **H. Brunnengräber, Schwerin,** das Pfund 40 Pfg. **T. Buhrmann, Inhaber Georg Kämpff.**

Bratenschmalz pr. Pfd. 50 u. 60 Pf. empfiehlt **Aug. Scheere, Holstenstraße 27.**

Echten Limburger Käse, das Pfund 60 Pfg. **T. Buhrmann, Inhaber Georg Kämpff.**

Zu vermieten. Zu sof. ein gut möbl. Zimmer nach vorne. Woche 2 Mt. **Schützenstr. 21 a, Holstenthor**

Durch Zufall eine febl. Wohn. z. 1. Juli an einz. Leute. Preis 110 Mt. **Engelswisch 63.**

Zum 1. Okt. eine Wohnung mit 40 Quadrat-Ruthen Gartenland zu vermieten. Näh. **H. Schläter, Marienthal.**

Eine febl. Wohnung zum 1. Juli zu verm. Preis 170 Mt. **Sindensstraße 65, 1. Et.**

Logis für 1 jungen Mann. **Krähenstraße 12.**

Vergnügungen.
Wilhelm-Theater. Fernsprecher 373. Mittwoch den 20. Juni: Erste volksthümliche Vorstellung zu halben Preisen. **Else vom Erlenhof.** Volksstück in 5 Akten. Anfang 7 Uhr. Preise der Plätze: Logen und Parquet 75 Pf., Parterre 40 Pf.

TIVOLI. Mittwoch den 20. Juni 1894: **Gr. Garten-Frei-Concert** Anfang 6 Uhr. **Gr. Specialitäten- und Theater-Vorstellung.** Neu! **Crocodil-Menschen Neu!** Schylli. **Original-Japanesen-Truppe** **Gingero;** dazu: **Sinter der Mauer.** Poffe in 1 Akt. **Garten-Entree frei.** Fremdenloge 1 Mt., Reserv. Platz 75 Pf., Parterre 50 Pf. Vorverkauf für Parterre, auch Sonntags giltig, 40 Pf. in den mit Plakaten belegten Geschäften erhältlich.

Zur neuen Lohmühle. Am Waisenkinderfesttage: **Große Tanzmusik.** **H. Erdmann Wwe.**

Hansa-Halle. Am Waisenkinderfesttage: **Tanzkränzchen.** Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. **J. Hümmöller.** Vereinen und Gewerkschaften halte mein Lokal zur Abhaltung von Festlichkeiten bestens empfohlen.

Concert-Haus „Flora“. Am Waisenkinderfesttage: **Tanzkränzchen** Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. **F. Grammerstorf.**

TONHALLE. Heute und folgende Tage: Das Originalste der Welt: **Norddeutsche Nacht,** verbunden mit großem Orchester-Concert. **Entree frei. C. Schlichting.**

Versammlungen.
Deutscher Metallarbeiterverband **Versammlung** am Mittwoch den 20. Juni 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Fern Leocke.** Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Verband deutscher Zimmerleute (Zahlstelle Lübeck). **Mitglieder-Versammlung** am Dienstag den 19. Juni 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Spahrman, Hundestr. 101.** Vortrag des Genossen **Friedrich.** Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Orts-Verwaltung.**

Vermischtes.
Zum Pressfonds sind eingegangen: Durch **Essinger 30 Mt. 21 Pf.,** Ueberschuß vom Parteifest am zweiten Pfingsttage. Lübeck, den 19. Juni 1894. **F. Meyer.**

Der „Süddeutsche Postillon“ Nr. 13 erscheint am Sonnabend den 23. Juni zu haben in der Exped. des Lübecker Volksboten. Gr. Mtefährer 35/37.

Laut Beschluß der Volksversammlung sind Plakate mit der Aufschrift: **„Hier wird kein Lück'sches Bier verkauft“** angefertigt. Alle Wirthe und Händler, welche kein Lück'sches Bier führen, können dieselben im **Berliner Hof, Zimshausen,** erhalten. **Wir ersuchen alle Arbeiter und Genossen, nur da zu verkehren, wo die Plakate ausliegen.** **Die Commission.**

Ueber Gold- und Silberwährung.

I.

Bereits in den 80er Jahren erhob sich der Ruf nach Umgestaltung unserer Währungsverhältnisse und immer stärker ist er im Laufe der Zeit durch die Agitation der Agrarier angeschwollen. Die Regierung aber steht diesen Bestrebungen ziemlich feindselig gegenüber, da sie einseitig genug ist, um zu wissen, daß das Geschrei der Doppelwährungsmänner nicht ernst zu nehmen ist, und um zu wissen, daß deren Bestrebungen nicht durchgeführt werden können. Freilich hatte die Regierung, nachdem sie die Agrarier durch den Abschluß der Handelsverträge auf die Bühnen getreten, die Konzession gemacht, eine Enquete über die Währungsverhältnisse aufzunehmen; aber viel ist aus dieser Enquetekommission nicht herausgekommen. Immerhin hat die Sozialdemokratie die Pflicht, die Arbeiter mit der Bedeutung der Doppelwährungsbestrebungen vertraut zu machen, ihnen zu zeigen, daß es Humbug ist, von der Währungsfrage das Wohl der Bevölkerung und die Existenz der Landwirtschaft abhängig zu machen.

Gilt auch in der bürgerlichen Gesellschaft das Wort: „Am Gelde hängt, nach Gelde drängt doch alles“, so hat das Geld doch keineswegs eine so außerordentliche Bedeutung, daß von ihm das Heil und Wohl des Volkes abhängt. Das Geld ist nur Tauschmittel im Waarenverkehr, hat aber selbst keinen wirklichen Nutzwert für die Menschheit. Bekanntlich gab es solche Tauschmittel in der Frühzeit der Menschheit, in der kommunistischen Organisation, in der die Hersteller der Produkte diese selbst in Gebrauch nahmen, nicht. Erst im Laufe der Entwicklung, mit der beginnenden Arbeitsteilung, unter der die Güter in Gebrauch genommen wurden, die andere Leute hergestellt hatten, machte sich das Bedürfnis nach einem bestimmten Gegenstand fühlbar, der als Tauschmittel dienen konnte. So dienten anfänglich Schafe, Rinder, Ochsen, Salztafeln u. als Tauschmittel im Waarenverkehr. Erst im Laufe der Zeit mit ihrem gesteigerten Waarenverkehr, und zwar im 18. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, gelangte als bequemeres Tauschmittel das Metall zur Anwendung. 1000 Jahre später, im 7. und 8. Jahrhundert vor Christi Geburt, wurden zunächst in Kleinasien Gold und Silber zwecks offizieller staatlicher Beglaubigung als Tauschmittel mit Prägung versehen, welche Einrichtung dann in Folge des Aufschwungs des Handels bald auch in anderen Ländern Aufnahme fand.

Die Gründe, daß Metall als Münze ausgeprägt wurde, liegen in der natürlichen Beschaffenheit des Metalls, in seiner Widerstandsfähigkeit gegen die Einflüsse der Witterung, ferner in dem Umstande, daß es sich bequem transportieren und daß es sich in kleinen Theilen als Münze ausdrücken und mit Werthangabe versehen läßt. Sehr wesentlich ist auch in Betracht zu ziehen, daß der Werth dieser Münzen nur verhältnißmäßig geringen Schwankungen unterliegt. Immerhin giebt es solche Schwankungen auch für die Metallmünzen. Ein 10 Mark-Stück bleibt sich in seinem wirklichen inneren Werth keineswegs immer gleich. Der wirkliche Werth wird vielmehr alterirt durch die jeweiligen Veränderungen der

Produktionsmittel bei Gewinnung des Metalls und bei dessen Prägung. So ist es gekommen, daß heute die Silbermünzen weit weniger wirklichen Werth haben, als ihnen aufgeprägt ist. So erhält man gegenwärtig in London z. B. für 20 Mark Silbergeld nur ca. 12 Mk. in Gold. Das Papiergeld, dem heute eine bestimmte Werthsumme aufgedruckt wird, hat im Verkehr nur Werth, weil wir wissen, daß wir von jeder Bank dafür gutes Gold erhalten. Also auch im Tauschmittel muß der entsprechende Werth enthalten sein und dieser bemißt sich einzig und allein nach der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit, die nothwendig war, um den betreffenden Gegenstand, das Tauschmittel, herzustellen. Mit jeder vortheilhaften Veränderung der Herstellungsweise der Münzen ist also eine Entwerthung der Münzen verbunden. Außer diesen Werthschwankungen können aber an den einzelnen Orten auch noch Preisschwankungen eintreten, die durch größere, das Angebot übersteigende Nachfrage und umgekehrt herbeigeführt werden. Durch solche Schwankungen kann der Finanzier Profite erzielen, ohne daß er auch nur den Finger krümmt. Steigert sich also auf diesem Wege der Werth, so kann er mit derselben Summe Geldes ein größeres Waarenobjekt erstehen als vorher.

Diese Schwankungen bilden den Ausgangspunkt der ganzen agrarischen Agitation für die Doppelwährung, für den Bimetallismus. Die Doppelwährungsmänner wollen dem Silber die gleiche Verechtigung wie dem Golde geben und ihm einen dauernd fixirten Werthgrad verleihen. Welche sind nun die Absichten, die damit erreicht werden sollen? Wollen die Agrarier die Stetigkeit unserer Geldverhältnisse herbeiführen oder haben die Absicht, für sich einen Profit in die Tasche zu stecken? Wir werden bald sehen, daß das Mißtrauen gegen die agrarischen Doppelwährungsmänner am Plage ist. In Deutschland wurde im Jahre 1871 die Einführung der Goldwährung beschlossen an Stelle der bis dahin bestehenden Silberwährung. Das Gold hat seitdem unbedingte Zahlungskraft, ob in Münzen oder in Scheuern oder sonstwie. Jede der deutschen Münzstätten hat die Pflicht, beliebige Goldmengen gegen geprägte Goldmünzen unter Abzug der Prägekosten auszutauschen und dann zu prägen. Diese Eigenschaften eben machen das Gold zur Währungsmünze, und dieses Recht hat das Silber nicht. Zwar haben wir in Deutschland nicht die ganz reine Goldwährung, denn 450 Millionen Mark alter Thalerstücke sind Courantmünzen mit voller Zahlungskraft geblieben, die jederzeit in Zahlung genommen werden müssen, aber niemand ist berechtigt, zu verlangen, in die Münzstätten eingeliefertes Silber in Thalerstücke umgeprägt zu erhalten. Die übrigen Silbermünzen außer den Thalern gelten nur als Scheidemünzen, ebenso wie die Nickel- und Kupfermünzen; sie sind lediglich für den kleinen Austauschverkehr im Inlande und brauchen nur bis zum Betrage von 20 Mark in Zahlung genommen zu werden. Silber darf nur ausgeprägt werden bis zur Höhe von 10 Mk. pro Kopf der Bevölkerung, während an Nickel- und Kupfermünzen nur bis zu 2 1/2 Mark pro Kopf ausgeprägt werden dürfen. 1871—73 nun wurde die Goldwährung, ebenso wie schon früher in anderen Handelsstaaten, so auch in Deutschland eingeführt, weil das Silbermetall sich für den außerordentlich gewachsenen Geldverkehr nicht mehr eignete.

Die Handelswelt bedurfte des bequemeren Goldes als Zahlungsmittel und es traf sich, daß in den genannten Jahren außerordentliche Goldmengen gefunden wurden. Nachdem nun die Goldwährung 20 Jahre besteht, verlangen jetzt die Bimetallisten, auch das Silber soll als gesetzliches Zahlungsmittel unbeschränkt gelten, es soll unbeschränkt ausgeprägt und sein Werthverhältniß von Gesetzes wegen bestimmt werden, es soll ihm künstlich ein höherer Werth beigelegt werden, als es thatsächlich hat. Besonders fanatische Anhänger der Doppelwährung scheuen sich nicht, zu verlangen, daß Deutschland in dieser Beziehung ohne Rücksicht auf andere Staaten vorgeht. Würde die Silberwährung eingeführt, so wäre die einfache Folge, daß die Bankiers, die jetzt im Besitze großer Goldmengen sind, diese ins Ausland abführen, um dafür Silber einzukaufen, das dort viel billiger als im Inlande zu erhalten wäre. Wir hätten dann keine Doppelwährung in Deutschland, sondern die reine Silberwährung. Es wäre deshalb einfach wahnsinnig, wollte Deutschland allein zur Silberwährung übergehen. Einschlägigere Doppelwährungsmänner verlangen darum internationale Vereinbarungen über die Währung und für uns ist es belustigend, zu sehen, wie die chauvinistischen Vertheidiger der Nationalität sich um ihres Vortheils willen auf den Pfad der Internationalität begeben. Das Werthverhältniß von Gold zu Silber wird noch weiter ungünstig für letzteres werden, das läßt sich durch kein Gesetz verhindern. Bei Einführung der Goldwährung galt ein Pfund Gold gleich 15 1/2 Pfund Silber, während gegenwärtig der Werth des Silbers schon so tief gesunken ist, daß ein Pfund in seinem Werthe 25 Pfund Silber gleichkommt. Die Ursachen hiervon liegen lediglich in den veränderten Produktionsverhältnissen; während die des Goldes eher erschwert worden sind, haben sich die des Silbers gewaltig erleichtert und damit die Verminderung des Silberwerthes herbeigeführt. Diese natürliche Entwerthung läßt sich auch nicht durch eine künstliche gesetzliche Festsetzung des Werthverhältnisses aus der Welt schaffen, denn auf dem Weltmarkt gilt nur der wirkliche Werth. Hinzu kommt, daß unter den Freunden der Doppelwährung eine Einigkeit darüber, in welchem Verhältniß der Werth des Silbers festgelegt werden soll, nicht zu erzielen ist, was die Durchführung der Bestrebungen der Bimetallisten nur noch aussichtsloser erscheinen läßt, wie selbst der holländische Finanzminister Pierson, ein Freund des Bimetallismus, ausgesprochen hat.

Was aber — und hiermit dringen wir in den Kern des vorliegenden Problems ein — sind denn nun die Gründe und die Absichten der Bimetallisten bei ihrer Forderung? Sie gehen bei Begründung ihrer Wünsche davon aus, daß bei der steigenden Bevölkerungszahl zu wenig Gold vorhanden sein werde; dieser Mangel werde immer fühlbarer werden; durch die Goldknappheit werde aber das Gold im Preise theurer oder, was dasselbe ist, die Waaren billiger. Das ist ja die Hauptsache der Junker, daß die Lebensmittel des Volkes nur nicht billig werden sollen. Das Volk kann kein Brot gar nicht theuer genug kaufen, so denken sie, denn je theuer das Getreide, um so größer der Gewinn der Grundbesitzer. Die Voraussetzung einer entstehenden Goldknappheit ist aber vollständig falsch. Das rollierende Gold genügt vollkommen und die Prophezeiung des österreichischen

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

60. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Was muß ich thun? fragte der Jüngling.

Geh morgen früh in die — Straße in, das Haus — der Fremde beschrieb genau die Lage der Beschaffenheit des Hauses. Dort wirst Du eine alte Dame finden, welche Du mit den Worten anreden mußt: Wie befindet sich Onisof? Wenn sie darauf erwidert: Ich danke, er geht spazieren, so bist Du am rechten Orte. Du brauchst dann nur zu sagen, Du seiest Babukin und der bekannte Freund schicke Dich, um alles weitere zu vernehmen.

Die beiden Männer dämpften hierauf ihre Sprache so herab, daß Borodin beim besten Willen nichts mehr verstehen konnte, er stellte sich daher an, als erwache er eben aus festem Schlafe, blickte sich wie verwundert und verlegen um, nahm seinen Ueberzieher und verließ mit einem verschlafenen Güte Nacht das Lokal, in der Besorgniß, der Aufwärter, mit dem er vorher rüchlich gesprochen hatte, möge noch einmal erscheinen und ihn in Verlegenheit bringen.

Auf der Straße gelangt, zögerte er nicht lange über den Weg, den er zu nehmen hatte.

Sein Entschluß war gefaßt.

Er wollte das Geheimniß dieser beiden Männer ergründen und wenn es sein Leben kostete!

Abenteuerlich, jung, verzweifelt, wie er war, reizte ihn der Gedanke an ein solches nachhaltiges Unternehmen.

Er kannte die Straße, welche der Fremde seinem Genossen bezeichnete, das Haus würde er sicherlich finden.

Morgen früh sollte dieser hingehen, er wollte versuchen, noch früher einzutreffen. Persönlich kannte man

den Erwarteten nicht, darüber hatte das Gespräch der Männer ihn belehrt.

Nachdenklich begab sich Borodin in ein in der Nähe befindliches, bescheidenes Gasthaus und befahl dem Kellner ihn um fünf Uhr zu wecken.

Um fünf Uhr stand er auf, kleidete sich rasch an, trank eine Tasse Kaffee und einen Cognac, hüllte sich in seinen Ueberzieher und begab sich dann hinaus aus die Straße.

Eben theilten die ersten Schimmer der Morgendämmerung das herrschende Dunkel, noch war es bitter kalt und der Schnee knirschte unter den Füßen unseres Abenteurers.

Um sechs Uhr stand Borodin vor dem beschriebenen Hause.

Es war ein altes, düster aussehendes Gebäude, dessen grüne Wände fest geschlossen waren, so daß das Haus den Eindruck hervorbrachte, als sei es unbesetzt.

Einen Augenblick zögerte der Offizier, dann klopfte er entschlossen an die Thür.

Alles blieb still.

Vielleicht war er zu früh gekommen.

Er klopfte ein zweitesmal und stärker, doch mit demselben negativen Erfolge.

Man schläft noch, murrte er ärgerlich und rieb sich die halberstarrten Hände. Ich will aber noch einen Versuch machen.

Diesmal klopfte er an den nächst der Thür befindlichen Laden.

Wieder verging eine geraume Zeit, und schon bedachte Borodin bei sich selbst, ob er nicht doch lieber von dem Abenteuer abstehen und sich entfernen sollte, als plötzlich der Laden ein wenig zurückgeschoben wurde und eine Stimme im Innern halblaut fragte:

Wer ist da?

Guten Morgen, verjegte Borodin in demselben Flüsterton. Wie befindet sich Onisof?

Einen Augenblick, rief die Stimme zurück, ich werde gleich öffnen.

Der Laden wurde nun wieder zugezogen, wieder umgab tiefe Stille den einsamen Mann. Das gleich war jedenfalls nicht allzu wörtlich zu nehmen, denn wohl eine Viertelstunde schwand dahin und Borodin knirschte manchen ärgerlichen Fluch zwischen den Zähnen hervor, bis daß ein Geräusch von innen das Nahen eines menschlichen Wesens anzeigte.

Endlich öffnete sich die Thür und Borodin stand, wie der Fremde es vorher verkündigt, vor einer Matrone in schmutzigem Schlafrocke, die ihn mit neugierigen und etwas argwöhnischen Blicken betrachtete.

Was wünschen Sie, fragte sie noch einmal.

Wie befindet sich Onisof? wiederholte der Offizier.

Ich danke, er geht spazieren, entgegnete die Alte freundlich. Treten Sie ein.

Es ist bitterkalt, ich —

Kommen Sie.

Borodin wurde in ein kleines, spärlich erleuchtetes und noch nicht völlig erwärmtes Zimmer geführt, worin ein Mann aufrecht in einem Dett saß.

Sie kommen früh, rief ihm der Mann entgegen.

Ich hielt es für sicherer, entgegnete Borodin, auf's Geradewohl.

Sie haben Recht, sagte der Andere und streckte dem Antömmeling die Hand entgegen die er herzlich drückte. Laß uns allein Nikita, wandte er sich dann zu der alten Dame, die sofort gehorham das Zimmer verließ.

Sie haben lange warten müssen, sagte der Mann im Bett, als beide allein waren, es thut mir leid, aber wir

Geologen Eduard Saff, daß das Gold abnehmen werde, ist nicht eingetreten und wird nicht eintreten. Es ist eine statistisch festgestellte Thatsache, daß 1888: 400 Millionen, 1889: 460 Millionen, 1890: 510 Millionen, 1891: 550 Millionen Mark Gold und im Jahre 1892 ein noch höherer Betrag an Gold gewonnen wurde. Der Fehler der Eduard Saff'schen Berechnung besteht darin, daß er die Goldproduktion in Transvaal und Australien außer Betracht gelassen hat, und es sieht gar nicht zu erwarten, daß die Produktion an Gold in absehbarer Zeit geringer werde. Ueherlich aber wäre es, weil bereits vielleicht einmal die Goldproduktion nachlassen könnte, heute unsere Verhältnisse zu ändern. Man darf wohl überzeugt sein, daß in dem Zeitpunkte, wo das Gold zu mangeln beginnen könnte, die Menschheit dieses Schachermittels überhaupt nicht mehr bedürfen wird!

Soziales und Partei-Leben.

Der Fall Peus, welcher mit Recht seiner Zeit soviel Aufsehen erregte, ist noch in aller Gedächtnis. Derselbe fand nun jetzt in Berlin ein Nachspiel, indem der damalige Verteidiger des Genossen Peus, Reichstagsabgeordneter Stadthagen, sich wegen zweier Verleumdungen der in jenen Prozessen mitgewirkten Richter und des Staatsanwaltes verantworten mußte. Die Verleumdungen soll Stadthagen durch die Verleumdungsrede und Schriftstücke, welche er an den Genossen Peus, der sich in Untersuchungshaft befand, abhandelte, begangen haben. In der Verhandlung weist Stadthagen nochmals nach, wie in so mancher Beziehung in dem Falle Peus ungesetlich gehandelt worden sei. Als Zeugen wurden die Landgerichtsdirigenten Weinhardt und Fienbart, die Staatsanwälte Meizier und Sachse aus Magdeburg vernommen. Dieselben bestreiten jedes besonders gehässige Vorgehen und Voreingenommenheit gegen Peus und dessen Mitangeklagten. Peus war bekanntlich wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust verurtheilt worden. Dieses Urtheil hob aber das Reichsgericht, weil ungesetlich, auf; das zweite Urtheil lautete auf 1 Jahr Gefängnis, welche Strafe in 9 Monate Zusatzstrafe umgewandelt wurde. In der Verhandlung fragte nun Stadthagen den Zeugen Landgerichtsgerichtsdirektor Weinhardt: „Wie kam der Zeuge dazu, gegen Peus auf durchaus ungesetliche Strafe von Ehrverlust nebst vier anderen gelehrten Richtern zu erkennen? Mir ist nachträglich zur Kenntniß gelangt, daß einer der Richter Bedenken hatte, aber den § 95 Str.-G.-B. nur bis zur Hälfte durchlas und dann seine Bedenken fallen ließ. Ich bitte Zeugen hierüber zu befragen.“ Zeuge Landgerichtsgerichtsdirektor Weinhardt: Es ist ja richtig, daß der Staatsanwalt die ungesetliche Strafe von 5 Jahren Ehrverlust gegen Peus beantragte und daß wir 5 gelehrte Richter diesen Antrag zum Erkenntniß erhoben. Ich lehne es ab, über den Hergang bei der Beratung Zeugniß abzulegen. Das Gericht beschließt, daß der Zeuge darüber keine Aussage zu machen braucht. Staatsanwalt Sachse erklärt als Zeuge, er habe allerdings gegen Peus den durchaus unzulässigen Ehrverlust beantragt, weil er in seinem Strafgesetzbuch-Exemplar (Ausgabe Daube) nicht umgewandelt hat. Der Angeklagte betont, daß nicht nur junge, sondern gar 5 gelehrte Richter auf die zweifellos ungesetliche Strafe, die vom Reichsgericht vernichtet wurde, erkannt haben. Stadthagen erklärt, er habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und beantragt die Vernehmung des Genossen Peus, ferner des Dr. Moos in Dessau, daß ein Bescheid der kgl. Staatsanwaltschaft zu Magdeburg an die Ehefrau Peus, wonach ihr Ehemann eine schwere Strafe zu erwarten habe, mittelbar zu dem Tode der Frau mitgewirkt habe; sodann der Geschworenen, die in der Sache Frische mitgewirkt u. Der Gerichts-

waren so früh auf ihre Ankunft nicht gefaßt. Sie würden sonst ein besser geheiztes Zimmer und einen freundlicheren Aufenthalt angetroffen haben.

Der Offizier murmelte, das thue ja nichts zur Sache. Kommen Sie her, daß ich Sie betrachte, fuhr der Mann sodann fort.

Borodin trat dicht an das Bett, fast fürchtend, der Andere werde beim Anblick eines Unbekannten zornig zurückfahren.

Nichts von alledem. Sie sind noch jung, sagte der Mann, nachdem er aufmerksam Borodins Züge studirt hatte, und ein hübscher Bursche. Schade um so ein junges Blut, setzte er leiser hinzu. Sie kennen mich nicht.

Nein. Ich bin Onisof.

Borodin schaute forschend seinen neuen Bekannten an. Er hatte einen kräftig gebauten Mann mit geistvollem, interessantem Gesicht vor sich, dem ein schwarzer Vollbart und die grauen, kalten Augen etwas Düsternes und Grausames verliehen.

Und ihr Name? fuhr der Mann nach einer kurzen Pause fort.

Babutin. Borodin hatte glücklicherweise den Namen des jungen Nihilisten verstanden.

Sie wissen, warum es sich handelt? Nein — ich sollte es hier erfahren. Und sind Sie auf alles gefaßt? Auf alles.

(Fortsetzung folgt.)

hof lehnte aber die gestellten Beweisanträge als unerheblich und zur Sache nicht gehörend ab. Der Staatsanwalt beantragte gegen Stadthagen eine Gesamtstrafe von 9 Monaten. Das Urtheil wird am 20. Juni verkündet.

Aufruf

an die organisierten Bauarbeiter und Berufsangehörigen Mecklenburgs und Vorpommerns!

Unterzeichnete fühlt sich veranlaßt, nochmals an die Kollegen der obenerwähnten Orte heranzutreten, um uns gemeinsam die Bruderhände zu reichen, damit wir das Band der Eintracht und Liebe fester zusammen knüpfen, um endlich dem wuthauswüthenden Kapitalismus einen Damm entgegenzusetzen zu können. Damit haben wir am 1. Juli 1894 eine Konferenz in's Leben zu gerufen mit folgender Tagesordnung:

1. Berichterstattung der Delegirten über den Stand der Organisation.
2. Wie ist Organisation und Agitation am besten zu fördern?
3. Wie ist ein einheitliches Arbeitsnachweisbureau am besten zu regeln.
4. Wahl einer Agitations-Kommission!
5. Stellung zum Verbandstag.
6. Verschiedenes und Anträge aus der Mitte der Konferenz.

Die Konferenz findet am 1. Juli 1894 in Güstrow statt und werden die Sitzungen Vor- und Nachmittags im Lokale des Hrn. Kaden, „Stadt Schwerin“, Hagebeckerstraße, statt. Die Delegirten werden vom Bahnhof durch ein Empfangskomitee abgeholt, es muß daher jeder Delegirter mit einem Zeichen versehen sein. (Ja, was denn für ein Zeichen? (Nimm. der Red.)

Unterzeichnet im Auftrage der K.-K.

H. Malchow,

Wittenburgerstr. 40, Schwerin.

Zum Danziger Zimmererstreik, der noch währt, meldet die „Danz. Ztg.“ unterm 15. d. Mt.: Gestern Nachmittag hielten die streikenden Zimmerleute eine Versammlung ab, in der mitgetheilt wurde, daß die Zimmerleute jetzt selbstständig Arbeit suchen würden. Ein Unternehmer will mit 50 000 Mark Kapital ein Bankgeschäft gründen und den Gesellen den Minimallohn bewilligen; die Gesellen würden dann den Generalkstreik aufheben, um bei demselben Arbeit zu nehmen. Wenn hierin nicht alles, wie berechnet, gehe, so würde die Gründung einer Baukommission, d. h. eines unter fachverständiger Leitung stehenden und Arbeiten ausführenden Konsortiums beschlossen werden. Mit den Verhandlungen über diese Punkte soll jetzt begonnen werden.

Warnung vor Zuzug.

Vor Zuzug von Bauern nach Genf, von Schmieden und Wagnern nach Zürich und Winterthur, von Gläsern nach Genf, von Schuhmachern nach Olten, von Malern, Tischlern und Sattlern nach Zürich, von Küfern nach Zürich-Rheinfelden und von Zigarrenarbeitern nach Bayerne wird gewarnt. Das Bundeskomitee.

An die Thonwaaren-Fachvereine Deutschlands. Der Sekretär des Thonpfeifenmacher-Fachvereins für Schottland mit dem Sitze in Glasgow hat mich, den Unterzeichneten, eruchtet, wenn möglich über folgende Fragen Auskunft zu geben: 1) Wie viel Stunden arbeiten die Thonpfeifenmacher pro Woche? Arbeiten dieselben auch Sonntags, ev. wie viel Stunden? 2) Wird im Afford, d. h. nach Groß oder im Tagelohn gearbeitet? 3) Was ist der Preis im Afford pr. Groß? 4) Wie stehen die Lohnsätze im Afford für die verschiedenen Sorten? Was wird im Tagelohn für die Pfeifenmacher gezahlt? 5) Werden die Pfeifen von Frauen und Mädchen fein gemacht resp. polirt? Im Afford oder im Tagelohn? Was bekommen dieselben an Lohn pr. Groß oder Tagelohn? 6) Oder werden Männer zum Poliren verwendet und was ist der Lohn pr. Groß oder im Tagelohn?

Begründet werden die gestellten Fragen wie folgt: „Die schottischen Thonpfeifenmacher befinden sich im vollständigsten Dunkel über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Branche in Deutschland. Bei jedem Versuch, den die schottischen Pfeifenmacher zur Hebung ihrer Lage machten, wurde ihnen von den Fabrikanten entgegnet: „Wir bekommen die Waare besser und billiger aus Deutschland, die deutschen Fabrikanten liefern auch trotz der größeren Entfernung ihre Waaren billiger nach Amerika, als wir es können“. Haben wir jedoch den Beweis in Händen, daß die Aussagen der Fabrikanten unrichtig sind und nur auf Täuschung beruhen, so werden wir bald jeden Fachverein unserer Branche auf unsre Seite holen zur Verbesserung unserer Lage.“

So der Sekretär der schottischen Thonpfeifenmacher. Da mir leider ein Fachverein deutscher Thonpfeifenmacher nicht bekannt ist, es mir auch sonst an Adressen von Arbeitern dieser Branche fehlt, so versuche ich, auf diesem Wege solche Adressen bezw. die Beantwortung der vorstehend gestellten Fragen zu erreichen und bitte alle Parteigenossen und Freunde der Arbeitersache, insbesondere die sämtlichen Thonwaarenarbeiter, mir hierin Beistand zu leisten.

Löbtau bei Dresden, Reifewitzerstraße 34.

Georg Horn.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Gewerbegerichte sind im Jahre 1893 in folgenden preussischen Städten errichtet worden: Memel, Dirschau, Marienburg, Berlin, Küstrin, Stettin, Ostrowo, Pleschen, Gottesberg, Vollenhain, Görlitz, Hoyerswerda, Hirschberg,

Schleiberg, Beuthen (Oberschl.), Magdeburg, Burg, Teuchern, Mendenburg, Babelsberg, Neumünster, Lüneburg, Dortmund, Linen, Gastrop, Hagen, Hattingen, Siegen, Hersfeld, Welfungen, Wiesbaden, Biebrich a. Rh., Oberlahnstein, Koblenz, Essen, Hochwinkler, Opladen, Walsdorf, Burbach.

Aus Nah und Fern.

Schleswig-Holstein. Die aus Nordschleswig ausgewiesenen Kopenhagener Hoffchauspieler gaben am 11. d. M. in Albe in Jütland vor überfüllten Hause ihre erste Vorstellung. Viele Nordschleswiger waren mit der Bahn eingetroffen, um der Vorstellung beizuwohnen, wo nach dem Schluß noch gesungen und deklamirt wurde. Die Begeisterung war, wie dänische Quellen behaupten, überwältigend. Die gesammte deutsche Presse, mit Ausnahme der chauvinistischen und der aus den offiziellen Preßbüreau gespeisten, äußert sich absperrchend über das Vorgehen der Haderlebener Polizei. Nicht minder scharf wird dieses Vorgehen auch zum Theil von der ausländischen Presse beurtheilt. Keinesfalls trägt es dazu bei, die Sympathien für die im Auslande lebenden Deutschen, welche die Gastfreundschaft fremder Völker in Anspruch nehmen müssen, innerhalb dieser Völker zu stärken. Die Ausweisungsmasse der deutschen Behörden erregte so lange keinen besonderen Anstoß, als es sich um einige arme Teufel handelte, die „lästig gefallen“; jetzt aber, wo eine Hoffchauspielertruppe von der Ausweisungsmassregel betroffen wird, regt alle Welt sich darüber auf.

Auf fremdem Meier. Wilhelms Haven. Das Panzerkanonenboot „Brummer“ brachte heute den englischen Fischkutter „Young Grey“ aus Hull hier ein, welcher beim Fischen auf deutschem Gebiet angetroffen wurde. Der Schiffsführer wurde verhaftet.

Krefeld. Zwischen Krefeld und St. Tbnis ist an einem elfjährigen Schulmädchen ein Lustmord verübt worden. Dem Mörder ist man auf der Spur.

Siegen. Das verurtheilte Urtheil im Bankprozeß lautet gegen den Direktor Brüggenmann auf 5 Jahre Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust, gegen den Kassirer Kölsch auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und 9000 Mark Geldstrafe, gegen Revisor Schröder auf 1 Jahr und 3000 Mark Geldstrafe, gegen Getreidehändler Franz auf 2 Jahre und 1500 Mark Geldstrafe.

Durch schlagende Wetter wurden, wie die „Bl. Ztg.“ aus St. Johann an der Saar meldet, auf Grube „Neben“ eine Anzahl Bergleute verletzt.

Mm. Der Schächter Bernheim wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Gutachten des Prof. Hüfner in Tübingen besagt, die Flecken an der Wadnadel und an dem Messer zeigten bei der spektralanalytischen Untersuchung die charakteristischen Blutlinien nicht, möglicherweise sind es Rostflecken. An den Kleidern und Handtüchern wurde Blut überhaupt festgestellt, aber es war nicht zu bestimmen, ob es Menschen- oder Gänseblut ist.

Kopenhagen. Zur Herstellung einer Dampffahrer-Verbindung zwischen Kopenhagen und Malmö hat die skandinavisch-deutsche Eisenbahnkonferenz beschlossen, zwei Dampffähren in Dienst zu stellen. Jede dürfte 775 000 Kr. kosten und der Verkehr wird damit am 1. Juli 1895 beginnen.

Kopenhagen. Der Hamburger Dampfer „Lissabon“, Kapitän Holm, der Sonnabend Nachmittag von hier absegelte, kollidirte auf der Außenreede mit dem Dampfer „Castor“. Letzterer wurde schwer beschädigt, mußte auf Grund gesetzt werden und ist später gesunken. Die „Lissabon“ hat mehrere Löcher im Bug in der Steuerbordseite in der Nähe der Wasserlinie erhalten und muß reparirt werden.

Karwin. Die bis Sonnabend geborgenen achtzehn Leichen zeigen furchtbare Brandwunden und Verletzungen. Einzelnen fehlen Theile des Kopfes und der Gliedmaßen. Die Explosion soll auf dem Wilhelmshöhe des Johannes-Schachtes durch einen abgegebenen Schuß erfolgt sein und sich durch Kohlenstaub durch alle anderen Gruben fortgepflanzt haben.

Dem heiligen Noé von Argenteuil, dem Konkurrenzrod von Trien, ist ein großes Unglück widerfahren. Der gelehrte Benediktinerpater Banel hat ein Buch geschrieben, in welchem er die Legende des Noé kritisch beleuchtete und zu dem Schlusse kam, daß nicht ein einziges Dokument vorliege, das die Echtheit des Noé beweise. Zum Schluß sagt er: „Den Hypothesen bleibt das Feld offen, und die Freiheit des Widerspruchs selbst wird sie hervorgerufen, aber, ich bin davon fest überzeugt, nichts Ernsthaftes wird beweisen, daß die Kirche von Argenteuil, die sich des Schatzes rühmt, viel mehr besitze, als eine fromme Illusion und auf etwas Anderes stolz sein kann, als auf einen Aberglauben, der nur zu leichtfertig angenommen und unterhalten worden ist.“ Zur rechten Zeit erhielt der Kardinalerzbischof Richard Kenntniß von dem Buche und er bewirkte, daß der Pater es zurückzog. Unglücklicherweise war die Sache zu weit gediehen, einige Journalisten hatten Kunde von dem Inhalt bekommen und veröffentlichten jetzt einen Auszug nebst den Schlussfolgerungen des Paters. Die Wirthin von Argenteuil, die bisher so gute Geschäfte machten, sind sehr betrübt.

Gute Gelegenheit. Frau: „Was, fünf Maß Bier hast Du schon? Aber Mann, jetzt bent' doch endlich an Deine sechs Kinder!“ Mann: „Du hast recht, Alte! Kellnerin, noch a Maß!“